

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstag  
und Freitag. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 M., durch die Post  
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Insetrate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis  
10 Pf. pro dreigeschaltene  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 58.

Dienstag, den 21. Juli

1891.

### Bekanntmachung,

#### die Anmeldung für die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen betreffend.

Die Königliche Amtshauptmannschaft hat nach Gehör des Bezirksausschusses zu weiterer Ausführung von § 3 der Verordnung, Maßregeln zum Schutz gegen die Trichinenkrankheit bei den Menschen betreffend, vom 21. Juli 1888 beschlossen, im Interesse einer geregelten Handhabung dieser Vorschrift zu bestimmen, daß die daselbst vorgeschriebene Anzeige bei dem verpflichteten Trichinenschauer von Demjenigen, welcher ein Schwein schlachtet oder schlachten läßt, von jetzt ab **mindestens 12 Stunden vor dem Schlachten** zu erfolgen hat. Dies wird zur allgemeinen Nachachtung für den hiesigen Verwaltungsbezirk mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Zu widerhandlungen gegen vorstehende Zeitbestimmung ebenfalls nach § 11 der erwähnten Verordnung vom 21. Juli 1888 bestraft werden können.

Meißen, am 8. Juli 1891.

Königliche Amtshauptmannschaft.

v. Kirchbach.

### Bekanntmachung.

Die unter dem Viehbestande des Gutsbesitzers Müller in Grumbach ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist wieder erloschen.

Meißen, am 15. Juli 1891.

Königliche Amtshauptmannschaft.

v. Kirchbach.

Auf Heilum 8 des für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bestimmten hiesigen Genossenschaftsregisters ist heute der **Darlehns- und Sparkassenverein zu Limbach bei Wilsdruff, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftspflicht** mit dem Statute vom 25. Mai 1891 eingetragen worden.

Der Sitz der Genossenschaft ist Limbach bei Wilsdruff.

Der Gegenstand des Unternehmens ist, den Mitgliedern die zu ihrem Geschäfts- oder Wirtschaftsbetriebe nötigen Geldmittel unter sammtverbindlicher Haftspflicht der Mitglieder in verbindlichen Darlehen zu gewähren, sowie die Anlage unverzinst liegender Gelder zu erleichtern und auf diese Weise die Verhältnisse der Mitglieder in fittlicher und materieller Beziehung zu verbessern.

Die von der Genossenschaft ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im Wilsdruffer Wochenblatte in der Form, daß dieselben mit der Vereinsfirma und den Namen zweier Vorstandsmitglieder, beziehentlich dafür die Bekanntmachung vom Aufsichtsrathe ausgeht, mit dem Namen des Vorsitzenden des Aufsichtsraths unterzeichnet werden.

Die Mitglieder des Vorstands sind die Herren Otto Dachsel in Limbach, Eduard Birkner in Blankenstein, Clemens Stein in Helbigsdorf und Moritz Kirchner in Birkenhain.

Die Einsicht der Akte der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Königl. Amtsgericht Wilsdruff,

den 14. Juli 1891.

Dr. Gangloff.

Nachdem der Königl. Friedensrichter Herr Gutsbesitzer Hermann Schönholz unter angezeigt, daß er noch im Laufe dieses Monats von Sora nach Köppichenbroda zu verziehen beabsichtige, ist mit der Besorgung der friedensrichterlichen Geschäfte desselben bis auf Weiteres der Altmair bei dem unterzeichneten Amtsgericht Friedrich August Schwiebusch betraut worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Königl. Amtsgericht Wilsdruff,

den 16. Juli 1891.

Dr. Gangloff.

Donnerstag, den 25. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr  
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 20. Juli 1891.

Der Stadtgemeinderath.

Ficker, Vorsitz.

### Holzauction.

Vom Charandter Forstrevier sollen

Mittwoch, den 29. Juli d. J., Vormittags von 10 Uhr an,

im Gasthause „zur Tanne“ in Charandt

die in den Abhängen 1—5, 9, 11, 15, 19, 21, 23, 25, 27, 29—34, 37, 53, 54, 57, 58 und 63 aufbereiteten 1680 weichen Stämme, 205 weichen Klözer, 206 harten Klözer, 102 harten Stangenklözer, 9 birk. Stangen, 6845 füchsen Stangen, 67 Rm. weichen Brennholze und Knüppel, 28 Rm. weichen Astete, 49 Rm. weichen Stiele, sowie 2 Rm. harten Brennholze und 1 Rm. harten Astete meistbietend versteigert werden.

Nähere Angaben enthalten die in Schanträumen und bei den Ortsbehörden der umliegenden Ortschaften aushängenden Plakate.

Königl. Forstrevierwaltung und Königl. Forstrentamt Charandt,

am 18. Juli 1891.

### Der Maximalarbeitsstag.

Trotzdem der neue sozialdemokratische Programmwurf die Productivgenossenschaften, welche im alten Programm als Mittel zur Erreichung des angestrebten Ziels hingestellt werden, völlig unbeachtet gelassen hat, versuchen es sozialdemokratische Arbeiter doch noch vielfach, nämlich da, wo sie von dem Arbeitgeber bedrängt zu sein vorgeben, auf eigene Faust ein Unternehmen in die Wege zu leiten. An sich löst sich gegen ein solches Vorgehen nichts einwenden. Nur haben diese Unternehmungen insofern manchen Schaden verursacht, als sie meist nach kurzem Bestande eingingen. Allerdings ist der Schaden mehr als ausgleichlich dadurch, daß gerade aus diesen Misserfolgen der sozialdemokratischen Productivgenossenschaften die Notwendigkeit des Vorhandenseins der so arg befürchteten Unternehmer unzweifelhaft hervorgeht. Ja, die Mehrzahl dieser Genossenschaften ging gerade deshalb ein, weil die intelligenten Genossen schaft selbst Unternehmer wurden. Sie merkten nur zu bald, daß die sozialdemokratische Anschauung an der Gleichwertigkeit aller Arbeit verkehrt ist und liegen die anderen Genossenschaften, die dieser Anschauung aus eigenem Interesse huldigen, im Stich. Wie die Productivgenossenschaften dennach schon die Lehre von der Gleichwertigkeit aller Arbeit ad absurdum geführt hatten, so scheinen sie auch bestimmt zu sein, dem noch mehrfach vorhandenen Vorurtheil vom Werthe des Maximalarbeitsstages ein Ende zu bereiten.

In München besteht schon seit längerer Zeit eine sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie. Von dieser wird jetzt nun bekannt, daß sie mindestens eine 13- bis 14-stündige Arbeitszeit, nach anderer Aussage sogar eine 18- bis 19-stündige eingeführt hat. Eines der Hauptziele, welches die Sozialdemokraten auch bei der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung zu erstreben vorgeben, ist der Maximalarbeitsstag, den sie vorläufig auf 10 Stunden täglich, nach wenigen Jahren aber auf 8 Stunden festzusezen, sogar im Reichstage beantragt haben. Das war sozialdemokratische Theorie, in München ist die sozialdemokratische Praxis zum Vorschein gekommen. Nun kommt allerdings ein gewendet werden, daß die sozialdemokratische Genossenschaft sich gegen die Konkurrenz der Einzelunternehmer unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen an den 10 stündigen Maximalarbeitsstag nicht binden können. Jedoch die Sozialdemokratie selbst hat sich des Rechtes, auf diesen Einwand zurückzugreifen, gegeben. Nicht einmal, sondern hunderte und tausende Male haben ihre Führer erklärt, daß je geringerer Arbeiter bei kürzerer Anstrengung ihre Kräfte konzentrieren können. Der Unfug dieser Anstrengung leuchtet ja für die Betriebe, deren Produktion hauptsächlich durch Maschinen gefördert wird, ohne Weiteres ein. Bezüglich der übrigen jedoch, welche auf die Handarbeit angewiesen sind, bestach diese Argumentation vielfach. Nun muß aber der Sozialdemokratie gerade das Unrecht passieren,

dass die Münchener Productivgenossenschaft zu den letzteren Betrieben gehört. Die Sozialdemokratie selbst hat auch in dieser Beziehung durch die Praxis ihre Theorie ad absurdum geführt. Bringen ihre Führer aber noch einmal den Grund von der Concentration der Kräfte für den Maximalarbeitsstag ins Feld, so wird man ihnen mit dem Verfahren ihrer eigenen Genossen in der Münchener Bäckereigenossenschaft heimleuchten.

### Tagesgeschichte.

Dass trotz der friedlichen Bestrebungen des deutschen Kaisers, trotz der Verlängerung des Dreibundes und trotz des Einvernehmens mit England die europäische Lage in Berlin keineswegs als rosig angesehen und vertrauensfähig beurteilt wird, zeigt eine Betrachtung des halbamtl. „Militärwochenblattes“ über die jüngsten militärischen Veränderungen in Russland. Der augenscheinlich gut unterrichtete, vielleicht unserem Großen Generalstab angehörende Verfasser erblickt in den fortlaufenden Truppenanhäufungen an den russischen Grenzen eine große Gefahr, der Deutschland nur begegnen könne, wenn es mit den Rüstungen seiner beiden Nachbarstaaten gleichen Schritt halte. Man darf freilich derartige Betrachtungen eines militärischen Fachblattes nicht übersehen, aber sie sind immerhin ein Anzeichen dafür, daß neue militärische Wehrforderungen an den maßgebenden Stellen ernstlich erwogen werden.